

## **Partizipation – eine Anforderung an Professionalität**

Von Benedikt Sturzenhecker

Die Aufgabe der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe wird gerne aus den gesetzlichen Vorgaben des SGB VIII (vgl. §§ 5, 8, 36 SGB VIII) oder der UN-Kinderrechtskonvention angeleitet. Gerade das Kinder- und Jugendhilfegesetz stützt sich aber mit seinen Bestimmungen auf eine pädagogische Orientierung, die seit den Anfängen der Sozialpädagogik zentral war: Das Ziel, Kinder und Jugendlichen die Entwicklung von Mündigkeit zu eröffnen. Das SGB VIII versteht Kinder und Jugendliche entsprechend als werdende mündige Subjekte und Bürger, die das Recht haben, an allen sie selber und ihre Leben in der Gesellschaft betreffende Entscheidungen demokratisch mitzubestimmen. Diesen pädagogischen und gesetzlichen Partizipationsanspruch in die Tat umzusetzen verlangt spezifische Professionalität, deren Ansprüche in Kürze benannt werden sollen.

### **Das Paradox der Mündigkeit für Unmündige**

Mündigkeit ist die als ideales Ziel gedachte Fähigkeit eines Menschen, sein Handeln ohne die Anleitung/Vorgaben anderer selbst zu bestimmen. Dazu sollte er/sie auf der Basis einer entwickelten Persönlichkeit seine/ihre Verstandeskkräfte, Lernerfahrungen und Kompetenzen nutzen und in sozial/gesellschaftlich mitverantwortlicher Weise denken und handeln. Wenn man solche Selbstbestimmung als Ziel von Sozialpädagogik setzt, stößt man auf das Problem, dass Selbstbestimmung nur selbsttätig durch die Person, durch das handelnde Subjekt selbst errungen werden kann. Wird Mündigkeit durch pädagogische Anleitungen, Vorgaben, Sanktionen, Curricula und Didaktiken erzeugt, verliert sie ihren Autonomiecharakter. Den Befehl: „Sei selbstbestimmt!“ kann man nicht befolgen. Jugendhilfe gerät also in einen Widerspruch: Sie will Mündigkeit eröffnen, hat es aber mit Unmündigen zu tun, die sie nicht mündig „machen“ kann, ohne gegen die Forderung der Selbstbestimmung zu verstoßen. Anders gesagt: Sie will Kindern und Jugendlichen Subjekt-Werdung ermöglichen, kann das aber nicht tun, indem sie die Kinder zu Objekten ihrer pädagogischen Anstrengungen macht.

Konzepte des pädagogischen Taktens (seit Herbart und Schleiermacher), die mit diesem Paradox umgehen, suchen einen Weg in der kontrafaktischen Unterstellung von Mündigkeit. Obwohl Kinder und Jugendliche häufig entwicklungsbedingt nicht die Kompetenzen voller Mündigkeit und somit auch Partizipationsfähigkeit erlangt haben, unterstellt man ihnen – gelegentlich gegen die Fakten, also kontra-faktisch – doch den Subjektstatus, den man ermöglichen will. Man fordert die Mündigkeit der Kinder und Jugendlichen heraus, indem man ihnen Gelegenheit bietet, selbstbestimmt zu handeln und gleichberechtigt mitzuzuscheiden. Entwicklung wird herausgefordert, ohne sie pädagogisch vorzubestimmen. Das hieße praktisch, Kinder und Jugendliche zu berechtigen, eigene Themen einzubringen, nichts auszuschließen und über alles gemeinsam in demokratischen Verfahren zu entscheiden. Solche Partizipation thematisiert Kinder und Jugendliche als potentielle Subjekte, statt sie von vorneherein, von einer Defizitunterstellung ausgehend, als erziehungs- und schutzbedürftige Objekte zu behandeln. Demokratie wird zugemutet (vgl. Sturzenhecker 1993). Die für Demokratie nötigen Kompetenzen entstehen, wenn Partizipation als Strukturprinzip des gemeinsamen Handelns in den Einrichtungen der Jugendhilfe erfahrbar wird. Demokratie lernt man durch die Praxis demokratischen Handelns. Als einforderebares Recht wird Partizipation echt und ernst und ist nicht abhängig von der „Gnade“ der Erwachsenen/Hauptamtlichen. In der Praxis der Jugendhilfe muss man de facto immer wieder von noch mangelnden Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen ausgehen, aber dieses darf nicht dazu führen, den Anspruch auf den Subjektstatus einzuzugrenzen. Pädagogisch muss man Sorge tragen, dass die Zumutungen Herausforderungs- und nicht Überforderungscharakter haben. Hildenbrand (2005, S. 7) bestimmt Zumutbarkeit „... als das Herausfinden des richtigen Maßes zwischen Unterforderung und Überforderung im Sinne eines Auslotens von Möglichkeitsspielräumen.“ Anders formuliert: Es müssen „Zonen nächster Entwicklung“ (Wygotski) eröffnet werden, nicht übernächster. Jedoch auch wenn die Zumutungen nicht bewältigt werden, ist dies ein Lernanlass auf dem Weg zu mehr mitverantwortlicher Selbstbestimmung. Die Verantwortung und Macht, Entscheidungsfreiräume zu eröffnen, bleibt bei den Erwachsenen/Hauptamtlichen. Die „taktvolle“ Abwägung zwischen Unter- und Überforderung kann nicht technisch operationalisiert werden, sondern

kann immer nur in konkreten Situationen reflektiert und begründet werden (vgl. Hansbauer/Schnurr 2002).

Daraus folgen Anforderungen an die Professionalität der Fachkräfte. Partizipationszumutung verlangt ein genaues Beobachten, Verstehen und Bereitstellen der geeigneten nächster Entwicklungszonen. Wenn Partizipation als (zumindest einrichtungsspezifisches) einforderbares Recht konzipiert wird, verlangt dies, kontinuierlich ein professionell geklärtes Verhältnis dazu herzustellen und Freiräume dafür zu eröffnen und notfalls begründet zu begrenzen. Der Rechtsstatus von Partizipation macht den pädagogischen Takt nicht überflüssig, sondern fordert ihn als professionelle Kompetenz heraus.

Im Folgenden werden einige Essentials solcher professioneller Handlungsweisen der Ermöglichung von Partizipation bezeichnet (vgl. dazu Details bei Knauer/Sturzenhecker 2005). Sie werden gegliedert nach den Themenfeldern von Qualitätsstandards: Struktur und Prozess. Diese Standards können als Orientierung dienen, die professionelle Förderung von Partizipation zu konzipieren und umzusetzen.

### **Strukturqualität von Partizipation**

Strukturqualität beschreibt die formalen Bedingungen, die die Basis von Partizipation im Blick auf die Ergebnisqualität – zunehmende Selbstbestimmung und Mitverantwortung sowie das Nachdenken über diese Erfahrungen – darstellen. Strukturqualität behandelt damit vor allem die Frage nach einer strukturellen Verankerung von Beteiligung – unabhängig von subjektiven und situativen Wahrnehmungen und Handlungen einzelner Erwachsener.

Zentrales Moment von Strukturqualität sind die Rechte, die Kindern und Jugendlichen zugestanden und die Zugänge, die ihnen eröffnet werden. Eine gute Strukturqualität von Partizipation Jugendlicher beinhaltet damit folgende Qualitätsaspekte:

#### (1) Strukturelle Verankerung von Rechten auf Beteiligung

Kinder und Jugendliche müssen unabhängig von momentanen Befindlichkeiten Erwachsener ihre Rechte auf Partizipation kennen und einfordern können. Dazu benötigen sie Regularien, derer sie sich autonom bedienen können und die ihnen durchgängig und nicht nur für harmlose Probierprojekte zur Verfügung stehen.

#### (2) Zugänglichkeit von Beteiligungsverfahren für alle Jugendlichen

Kinder und Jugendliche können sich ihrer Rechte nur dann bedienen, wenn sie sich aus ihren individuellen Lebenswelten heraus Zugänge erschließen können. Dies verlangt Zielgruppenorientierung in der Gestaltung von Partizipation.

#### (3) Partizipationskonzepte klären

Die Differenzierung von jugendlichen Zielgruppen, die Ungewohnheit von Partizipation für alle Beteiligten, der Machtstatus der Erwachsenen, die nicht voll erreichte Mündigkeit von Jugendlichen machen es nötig, in den Handlungsfeldern genau zu konzipieren, wie man Partizipation umsetzen will. Zentral ist dabei zu klären, ob und wie Kinder und Jugendlichen die nächstmögliche Stufe der Selbstbestimmung zugemutet werden kann und wie ihnen bei der Erreichung dieser „Zone nächster Entwicklung“ assistiert werden soll.

#### (4) Ressourcen für Beteiligung

Beteiligung braucht neben materiellen Ressourcen (Zeit, Geld und Raum) vor allem personelle Ressourcen. Kinder und Jugendliche brauchen kompetente Erwachsene, die selber eine inhaltlich neutrale und gleichzeitig für Partizipation engagierte Position beziehen und den Beteiligten helfen, ihre eigenen Interessen zu klären und machtvoll einzubringen.

#### (5) Sicherstellung von Öffentlichkeit und Information

Partizipation als demokratischer Aushandlungsprozess unterschiedlicher Interessen ist keine private Angelegenheit, sie verlangt Öffentlichkeit (das gilt auch in einer Gemeinschaft oder Einrichtung). Die

Kinder und Jugendlichen können sich aber nur in einer gemeinschaftlich zugänglichen Öffentlichkeit (der Einrichtung) als politische Träger, als Subjekte von Interessen und Positionen erkennen. Der Zugang zu Informationen muss für alle Beteiligte gesichert sein.

(6) Sicherung von Offenheit und Entscheidungsalternativen

Partizipation ist lediglich dort möglich, wo es Alternativen und damit reale Entscheidungsoptionen für Jugendliche gibt. Ergebnis-Offenheit ist ein zentraler Aspekt auch der Strukturqualität. Dazu gehört, dass Entscheidungsverfahren transparent und beeinflussbar sein sollen.

(7) Dokumentation, Evaluation und Reflexion

Schließlich gehört zur Strukturqualität die Sicherstellung der Evaluation (basierend auf einer Dokumentation des Prozesses), denn dann kann man aus Fehlern lernen.

(8) Reflexivität

Die Fachkräfte benötigen eine ständige und unterstützte Reflexivität, um die Probleme des „taktvollen“ Umgangs mit dem Paradox der Erziehung zur Mündigkeit erkennen, verstehen und bearbeiten zu können. Ohne solche reflexive Settings und Kompetenzen ist eine Ausweitung von Partizipation der Kinder und Jugendlichen in der Jugendhilfe kaum machbar.

### **Prozessqualität von Partizipation**

Bei der Prozessqualität von Partizipation geht es darum, wie gut es den Beteiligten im Partizipationsprozess gelingt, ihre subjektiven Wahrnehmungen und Interessen zu artikulieren, sich gegenseitig zu verstehen und in einen Dialog zu treten. Ausgangspunkt für die Initiierung und Begleitung von Partizipation müssen daher die lebensweltlichen Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen sein. Ihre Anerkennung als Subjekte muss sichergestellt werden.

(1) Anerkennung, Achtung und symmetrische Kommunikation

Neben der strukturellen Verankerung von Partizipationsrechten konstituiert sich Anerkennung besonders in den Beziehungen zwischen den Beteiligten. Erwachsenen obliegt die Gestaltung von Anerkennung durch Achtung (vor der Person und den Positionen der Kinder und Jugendlichen) und der Gestaltung symmetrischer Kommunikation. Partizipation verlangt von den Erwachsenen, mit Kindern und Jugendlichen über Inhalte und Interessen zu verhandeln, ohne zu dominieren.

(2) Gleichheit in Differenz

Partizipation muss beides gewährleisten: Die Gleichberechtigung der Einzelnen und Gruppen im Mitgestaltungsprozess und das Recht auf Unterschiedlichkeit und die Wertschätzung von Differenz. Es geht darum, die Differenzen der Teilnehmenden zu erkennen und sie methodisch so zu berücksichtigen, dass sich alle Teilnehmenden gleich-mächtig und gleich-berechtigt in demokratische Entscheidungsprozesse einmischen können.

(3) Unterstützung bei der Artikulation und Interessenpräzisierung

Das Aushandeln von Ideen und Interessen setzt voraus, dass die Beteiligten sich öffentlich artikulieren. Demokratie beginnt damit, dass Menschen ihre Vorstellungen in der Öffentlichkeit präsentieren und begründen. Ihre Ideen, Wünsche, Interessen und Vorschläge müssen für andere wahrnehmbar werden – auch und gerade abweichende, ungewohnte, eigensinnige Positionen. Artikulation braucht Räume und Medien der Artikulation. Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung darin, aus diffusen Vorstellungen ihre Interessen und Positionen präzisieren zu können.

(4) Ergebnisoffenheit, Konfliktfreundlichkeit und Konfliktfähigkeit

Partizipation muss offen sein für die unterschiedlichsten Themen, Wünsche, Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen, auch wenn sie den Vorstellungen der Erwachsenen nicht oder wenig entsprechen. Damit braucht Partizipation auf Seiten der Erwachsenen eine Haltung, die die Interessen der Betroffenen respektiert und ihnen Fähigkeiten unterstellt, diese Interessen in einem Aushandlungsprozess zu bringen, sie darin aber auch zu verändern.

Um Ergebnisoffenheit zu gewährleisten, dürfen Konflikte nicht als Störung, sondern müssen als selbstverständlicher Bestandteil von Partizipation begriffen werden.

(5) Aktive Zeitgenossenschaft oder: selber partizipieren

Fachkräfte, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen fördern wollen, sollten selber Erfahrungen in politischem Handeln und Beteiligung haben. Sie sollten sich durch „aktive Zeitgenossenschaft“ (v. Hentig) auszeichnen, also sich selber in Gesellschaft und Politik engagieren.

(6) Revidierbarkeit und das Recht auf Scheitern

Der Standard der Ergebnisoffenheit geht einher mit „Revidierbarkeit“. Einmal getroffene Entscheidungen in Partizipationsverfahren müssen zurückgenommen und verändert werden können. Kinder und Jugendliche müssen auch die Erfahrung des „Fehlers“ und der Revision selber machen dürfen.

(7) Argumentation und Moderation

Partizipation stützt sich auf rationale Argumentation und die gegenseitige Prüfung von Begründungen. Das „Warum, Wozu, Weshalb?“ ist für Kinder und Jugendliche nicht immer leicht zu beantworten (für Erwachsene allerdings häufig auch nicht). Sie brauchen für das Argumentieren ggf. Unterstützung. Dabei spielt Moderation als Methode eine wichtige Rolle.

(8) Ernstcharakter und Vertrauensvorschuss

Demokratie lernt man nur, indem sie echt zugemutet wird. Deshalb darf Partizipation nicht nur als Befragung und Mitwirkung eröffnet werden, sondern muss als reales Entscheidungsrecht mit Ernstcharakter greifbar sein. Kinder und Jugendliche sollen nicht in harmlosen Fragen entscheiden, sondern in den für sie ernstesten und wichtigsten Fragen: Dazu gehören auch Personaleinstellungen und Haushaltspläne.

(9) Freiwilligkeit oder das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Verweigerung von Partizipation

Selbst- und Mitbestimmung kann nicht unter Zwang erfolgen. Es kann keine Verpflichtung zur Beteiligung für die Kinder und Jugendlichen geben. Gerade Jugendliche vertreten manchmal ihr Recht auf Selbstbestimmung auch durch Negation. Partizipation beinhaltet immer auch ein Recht auf Verweigerung von Partizipation. Letztendlich kann Demokratie nur dafür werben, dass sich die Betroffenen selber einbringen und ihre Lebensbedingungen selber mitbestimmen.

## Literatur

Hansbauer, P./Schnurr, St.: Riskante Entscheidungen in der Sozialpädagogik. Ein Versuch zur Operationalisierung des pädagogischen Takts am Beispiel der „Straßenkinder“-Problematik. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft (ZfE), 1/2002, S. 73 – 94.

Knauer, R./Sturzenhecker, B.: Partizipation im Jugendalter. In: Hafenecker, B./Jansen, M. M./Niebling, T. (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen. Verlag Barbara Budrich Opladen 2005, S. 63-94

**Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker**  
**Fachhochschule Kiel,**  
[benedikt.sturzenhecker@fh-kiel.de](mailto:benedikt.sturzenhecker@fh-kiel.de)

*Aus: Jugendhilfe-Report 4/2006 (Landesjugendamt Rheinland)*